



HESSISCHER LANDTAG

01. 12. 2014

Plenum

Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Gleichstellung der kurdischen Minderheit in Hessen voranbringen

Der Landtag wolle beschließen:

Seit Wochen schaut die ganze Welt auf Rojava, wo die kurdischen Selbstverteidigungskräfte viele Tausend Zivilistinnen und Zivilisten, auch anderer ethnischer Minderheiten, vor den Gräueltaten des IS schützen. Inzwischen hat sich auch weltweit Solidarität entwickelt, um den Widerstand zu unterstützen und die Übermacht des IS zurückzudrängen.

Viele der in Hessen lebenden Kurdinnen und Kurden haben Verwandte und Freundinnen und Freunde in den kurdischen Landesteilen im Irak und Syrien oder sind in anderer Weise persönlich betroffen. Kurdische Vereine organisieren die Hilfe auch von Hessen aus. Dies erfordert unsere tätige Solidarität, unsere auch finanzielle Unterstützung sowie Respekt und Anerkennung ihrer Leistungen.

Die Situation der in Hessen lebenden Kurdinnen und Kurden und ihrer Selbstorganisationen war bisher und ist immer noch zu weiten Teilen von Ausgrenzung und Diskriminierung geprägt. Begründet ist dies in den Organisationsverboten aufgrund des PKK-Verbots, die u.a. die Entwicklung einer eigenständigen kulturellen Identität der Kurdinnen und Kurden behindert: Die Tätigkeit der kurdischen Vereine wird auf vielfältige Weise erschwert; sie erhalten weniger staatliche Unterstützung und sind auf Spenden ihrer Mitglieder angewiesen; ihren gewählten Vertreterinnen und Vertretern wird häufig die Einbürgerung verweigert; kurdische Kinder und Jugendliche erhalten keinen eigenständigen muttersprachlichen Unterricht etc.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ihrer Versicherung im Koalitionsvertrag, dass "Menschenrechte und gelebte Humanität im Mittelpunkt" hessischer Migrationspolitik stehen, auch bzgl. der hier lebenden Kurdinnen und Kurden nachzukommen. Eine auch auf sie bezogene Willkommens- und Anerkennungskultur und Stärkung ihrer kulturellen Identität erscheint unbedingt erforderlich.

Die Landesregierung benennt im Bereich Migration unterschiedliche Handlungsfelder. Uns erscheint besonders dringlich, die Handlungsfelder "gesellschaftliche und politische Partizipation", "Diskriminierungserfahrungen und Antidiskriminierungsstrategien" sowie "Sprache und Bildung" anzugehen und dort konkrete Verbesserungen zu erreichen.

1. Handlungsfeld gesellschaftliche und politische Partizipation

- Die Landesregierung wird tätig, um in den Bundesrat eine Initiative zur Aufhebung des PKK-Verbots und der damit verbundenen Organisationsverbote einzubringen.
- Die Landesregierung stellt sicher, dass kurdische Vereine mit Vereinen anderer Migrantenorganisationen in punkto finanzielle Förderung, Anerkennung des Gemeinnützigkeitsstatus etc. gleichgestellt sind.
- Die Landesregierung unterstützt die Bestrebungen der Selbstorganisationen der Kurdinnen und Kurden, allgemeine politische und kulturelle Informationen zur Integration in den kurdischen Muttersprachen anzubieten.

2. Diskriminierungserfahrungen und Antidiskriminierungsstrategien

- Die Landesregierung ermöglicht und unterstützt, Beratungs- und Betreuungsmöglichkeiten für kurdische Migrantinnen und Migranten und Flüchtlinge in ihren Muttersprachen anzubieten.

- Die Landesregierung stellt sicher, dass zur Prüfung von Einbürgerungsvoraussetzungen bei kurdischen und nicht kurdischen Antragstellern keine regelhafte Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden mit dem hessischen Verfassungsschutz eingegangen wird.

3. Handlungsfeld Sprache und Bildung

- Die Landesregierung stellt sicher, dass muttersprachlicher Unterricht auch für kurdische Schülerinnen und Schüler angeboten wird.
- Die Landesregierung kooperiert mit kurdischen Vereinen und Selbstorganisationen zur Umsetzung dieses Unterrichts.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 1. Dezember 2014

Der Fraktionsvorsitzende:
van Ooyen